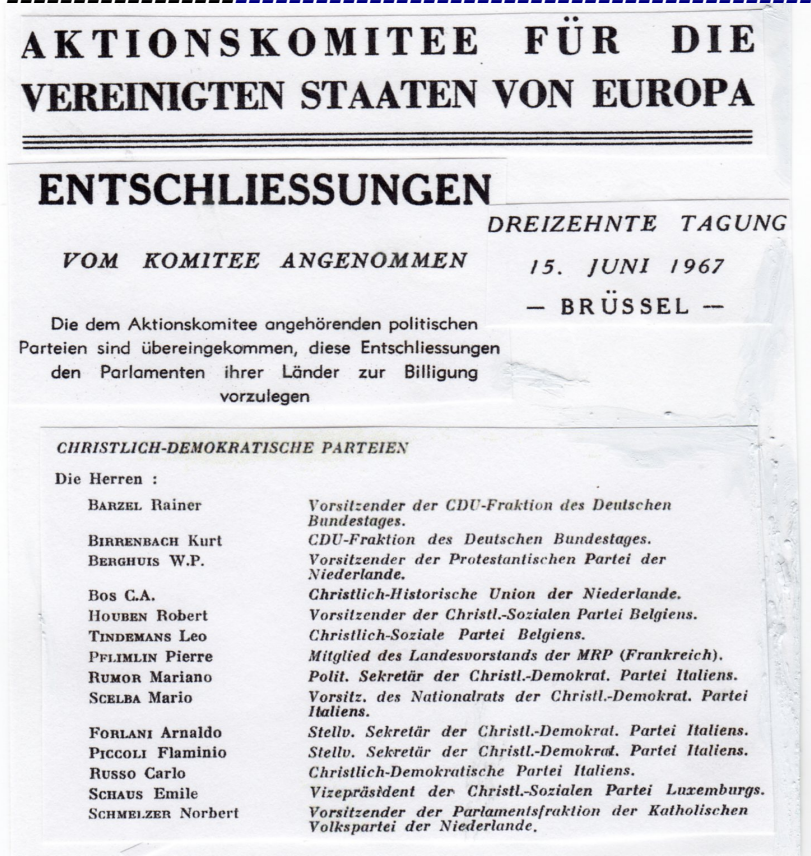
ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl / Politischer Privatbrief / 1.12. 2011

irrtümer von heute über cdu - markenkerne + herbert reul treibt das projekt ‚galileo' an + zäher kampf für demokratie in der ukraine + dr. med. peter liese sieht teilsieg im ringen um stammzellforschung + csu-führung verrät f.j.strauß-konzept zu europa + deutsche medien täuschen: frankreich steht zur kernkraft

---



AKTIONSKOMITEE FÜR DIE VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA

ENTSCHLIESSUNGEN

DREIZEHNTE TAGUNG

VOM KOMITEE ANGENOMMEN

15. JUNI 1967

— BRÜSSEL —

Die dem Aktionskomitee angehörenden politischen Parteien sind übereingekommen, diese Entschliessungen den Parlamenten ihrer Länder zur Billigung vorzulegen

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE PARTEIEN

Die Herren :

BARZEL Rainer	Vorsitzender der CDU-Fraktion des Deutschen Bundestages.
BIRRENBACH Kurt	CDU-Fraktion des Deutschen Bundestages.
BERGHUIS W.P.	Vorsitzender der Protestantischen Partei der Niederlande.
BOS C.A.	Christlich-Historische Union der Niederlande.
HOUBEN Robert	Vorsitzender der Christl.-Sozialen Partei Belgiens.
TINDEMANS Leo	Christlich-Soziale Partei Belgiens.
PFLIMLIN Pierre	Mitglied des Landesvorstands der MRP (Frankreich).
RUMOR Mariano	Polit. Sekretär der Christl.-Demokrat. Partei Italiens.
SCELBA Mario	Vorsitz. des Nationalrats der Christl.-Demokrat. Partei Italiens.
FORLANI Arnaldo	Stellv. Sekretär der Christl.-Demokrat. Partei Italiens.
PICCOLI Flaminio	Stellv. Sekretär der Christl.-Demokrat. Partei Italiens.
RUSSO Carlo	Christlich-Demokratische Partei Italiens.
SCHAUS Emile	Vizepräsident der Christl.-Sozialen Partei Luxemburgs.
SCHMELZER Norbert	Vorsitzender der Parlamentsfraktion der Katholischen Volkspartei der Niederlande.

Beweis gegen dumme Geschichtsfälscher: Vereinigte Staaten von Europa sind schon seit 1945 eine Idee der demokratischen Eliten !

Eine Scheibe Wahrheit...

Aus den links wie rechts etablierten politischen Intelligenz-Retorten dieses Landes entrüsteten sich Scharen von Vorturnern über den Vorschlag von Arbeitsministerin Ursula von Leyen, endlich ***die Vereinigten Staaten von Europa*** auf den Weg zu bringen. Das sei „daneben", habe „gerade noch gefehlt" und vor allem wolle doch niemand „so ein Kunstprodukt". Man kann sich seit der Entsorgung des Geschichtsbewußtseins durch die 68er und linksbürgerliche Nachäffer nicht nur sicher sein, dass die Bundeswehr „endlich weg kommt", so Genosse Gregor Gysi), sondern auch die Europa-Politik Konrad Adenauers am grauen Rheinstrand nahe Bonn zu vergammeln beginnt.....

Wenn es nicht in paar Tapfere vom Schlage von der Leyen, Schäuble, Brok und Pöttering gäbe, die manchen Berlinern sagen, was schon im neo-nationalen Müll zu verschwinden droht. *ContraSalon* wird neu publizieren, was die CDU in zurückliegenden Zeiten forderte und z.B. die Lüge aufspießen, Adenauers Partei sei *konservativ* gewesen oder Merkels CDU laufe *nach links.* Die Partei ist *christlich-demokratisch*, nicht konservativ. Sie hat jedoch **persönlich** konservative oder liberale Mitglieder.

Jean - Claude Juncker

Kaum zu glauben, aber ein Beweis: Als **Jean-Claude Juncker** einmal im SWR als „Konservativer" vorgestellt wurde und um die zutreffende Beschreibung „christlich" bat, blieb der Moderator bei „konservativ" und der luxemburgische Premier verließ unter Protest das Studio. Weil leider viele CDU-Granden zu solcher Klarheit zu feige sind, freut sie die Linke über das Schild, das der CDU täglich abends im Fernsehen umgehängt wird. Juncker hat leider nur einen Freund, der ein Studio schimpfend verließ: Heiner Geißler.

Das *Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa* begann mit Politikern aus der ***Montan Union,*** der Schöpfung Robert Schumans, und es wollte wie dieser politisch weitergehen. England wurde gebeten, sich anzuschließen. Die Elite des Komitees bestand aus Christdemokraten, Sozialdemokraten und wenigen Liberalen. Besonders wichtig war seine Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Arbeitgebern. Rainer Barzel unterschrieb am 15.6.1967 als einer der ersten; Konrad Adenauer war im Frühling 1976 gestorben.

Heute wünsche mir zweierlei: 1. dass Ursula von der Leyen, Wolfgang Schäuble und unsere vielen

in Europa erfolgreichen und von den Medien geschnittenen Freundinnen und Freunde mehr und geduldig unterstützt werden, 2. dass die CDU, die eine moderne Bildungspolitik machen möchte, so rasch als möglich Europa neu und lauter erweckt, seine „Handarbeiter“ herausstellt und wieder auf jedem Parteitag die Europafahne zeigt, die seit 1989 rätselhaft oft nicht mehr gezeigt wurde.

Auf welchem Fundament stand 1955 die gemeinsame Europa-Aktion? Die Forderung nach „einer Art von“ Vereinigten Staaten Europa kam früh aus dem Mund von Winston Churchill und schien den Eliten logischer als die Rückkehr zu den schief gegangenen nationalen Experimenten. Es gab damals heftige Pro- und Contra-Debatten, doch kaum alt-nationalen Widerstand. Europa lag darnieder, die USA übernahmen die Führung im Kalten Krieg. Nach dem Fall der Mauer in Berlin haben viele Politiker in den Rückwärtsgang geschaltet, loben nun Jüngere die Nationalstaaten als Alles-Könner. Die Zahl der Persönlichkeiten à la Adenauer fiel - sogar in den EU-Staaten - auf fast Null. Die Medien, im Kalten Krieg fast ganz auf der Seite der europhilen Politiker, geben jetzt immer öfter „Euroskeptikern“ das Wort. Talkshows finden überwiegend ohne erfahrene und potente Europa-Politiker statt.

Da Opportunisten und Ignoranten nicht nur behaupten, die CDU habe unser Land für die D-Mark „an Frankreich verschenkt“, und die Unterstützung von Kernkraftwerke-Bau habe „nicht zum Marken-Kern der CDU“ (Annette Schavan) gehört, **muss jetzt und nicht erst vor der nächsten Wahl die ganze Wahrheit über die Linie der CDU seit Adenauer verbreitet werden**. Da die Medien dabei zum größten Teil nicht mitziehen, sind neue Info-Instrumente nötig: Internet-Foren, von Personalwahlen freie Treffen der Führung mit der CDU-Basis, keine Präsenz der CDU in ständig negativen Talkshows, Gründung von nur auf Zeit aktiven Bürgerinitiativen mit parteilosen Aktiven aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.

Was noch? Etwas weniger CDU-Stammtische, dafür mehr „E-mail-Gruppen“ auf die Beine stellen. Sie sind dabei, ***ContraSalon*** für eine solche Gruppe zu lesen. Werben Sie bitte neue Leser.

Werkstatt Europa

Blickpunkt Galileo

Nicht viele Bürger wissen, dass es eine EU-Weltraumpolitik gibt. Der Industrie-Ausschuss des Europäischen Parlaments befasst sich jetzt mit der ziemlich unübersichtlichen Materie, und sein Vorsitzender **Herbert Reul** MdEP sagt, die in Rede stehende Politik müsse den Bürgern konkret nützen, indem sie zum Beispiel zu guten Jobs führe. Nicht einfach bei den klammen europäischen

Kassen. Priorität hat die Fertigstellung des europäischen Satelittennavigationssystems GALILEO. Reul klagte über das bisherige Schneckentempo: „Wir wollen 2014 die ersten Dienste freischalten! Der Start des Projekts mit zwei Satelliten war erfolgreich, jetzt muss zügig weiter gearbeitet werden. Die Weltraumbranche hat inzwischen 31000 hochqualifizierte Jobs. Reul begrüßte die Absicht der EU-Kommission, 2012 ein Konzept für weitere Raumfahrt-Industriepolitik vorzulegen. Das heißt nicht, dass der Ausschuss zufrieden gestellt ist. Reul: „Wenn wir nicht einen Gang zulegen, werden wir in wenigen Jahren chinesische und indische Quittungen bekommen.

Blickpunkt Ukraine

Auf dem Anmarsch zu dem im Dezember geplanten Gipfel EU-Ukraine muss die autoritär gewendete Führung in Kiew nicht zittern. Das Europäische Parlament sprach Klartext. Mit großer Mehrheit wurde die Lage in der Ukraine kritisiert. Der Prozess gegen Julia **Timoschenko** sei ein „politischer“. Die Völkervertretung drohte mit einem NO zur ukrainischen Assoziierung. Heraus kam dann der Skandal, dass sich der Wiener **Hannes Swoboda,** prominenter Abgeordneter der Sozialistischen Fraktion, im kleinen Kreis mit Kiewer Politikern von der Mehrheit des Hauses distanzierte. **Elmar Brok,** außenpolitischer Koordinator der Christdemokraten, wiederholte, es läge allein an den Taten des Kiewer Premiers **Janukowitsch,** ob “es“ in Brüssel in Sachen Ukraine weitergehe: „Frau **Timoschenko** wurde mit Hilfe eines Gesetzes verurteilt, das 1927 von **Stalin** eingeführt wurde.“ Es scheine, dass die Staatsmacht in Kiew auch neue Parlamentskandidaturen verhindern wolle. Der Westen tut alles, um in Kiew weiter zu kommen. Deshalb reiste auch Polens

Staatspräsident **Bronislaw Komorowski** nach Kiew. Der polnische Außenminister **Sikorski** kann seine Kiew-Flüge „schon gar nicht mehr zählen."

Fatale Heilsversprechen bei der umstrittenen Stammzellforschung

Dr. Peter Liese MdEP kommentiert eine für Europas Christdemokraten gute Nachricht

Das US-amerikanische Unternehmen **Geron** hat angekündigt, seine klinischen Versuche mit embryonalen Stammzellen abzubrechen. Man hatte die ersten menschlichen embryonalen Stammzellen gewonnen und die erste klinische Prüfung mit embryonalen Stammzellen durchgeführt. Darauf machte der gesundheitspolitische Sprecher der größten Fraktion im Europäischen Parlament (EVP-Christdemokraten), Dr. med. Peter Liese (CDU) aufmerksam.

"**D**iese Nachricht zeigt wieder einmal, dass die Heilsversprechen, die mit embryonalen Stammzellen verbunden wurden, unbegründet waren. Wenn selbst die "Pioniere" der embryonalen Stammzellforschung keine Finanzierung ihrer eigenen Versuche gewährleisten können, ist der Glaube an den Erfolg dieser Versuche erloschen", so der Mediziner und promovierte Humangenetiker Peter Liese.

. ***Dr.med.Peter Liese MdEP***

Peter Liese forderte nun auch entsprechende Konsequenzen für die europäische Forschungspolitik aus dem Abbruch der Versuche sowie aus der jüngsten Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), wonach embryonale Stammzellen nicht patentierbar sind: "Der Abbruch der klinischen Versuche mit embryonalen Stammzellen zeigt sich wieder, dass die embryonale Stammzellforschung keinen Mehrwert für die Patienten weltweit schafft. Wir sollten daher alle verfügbaren Kapazitäten in ethisch unbedenkliche Alternativen lenken."

In diesem Zusammenhang wies Liese auf die adulte Stammzellforschung hin: **"I**m Gegensatz zur embryonalen Stammzellforschung, die trotz gegenteiliger Heilsversprechen keine Ergebnisse brachte, gibt es schon über 70 Erkrankungen, die mit adulten Stammzellen geheilt werden können", so Liese "Wir sind für Forschung und Entwicklung in der Biotechnologie, aber dabei dürfen keine menschlichen Lebewesen, auch nicht in der Frühform ihrer Entwicklung, zerstört werden. Die Embryonenforschung muss nun endgültig von der EU-Gemeinschaftsförderung ausgenommen werden. Ich fordere die Europäische Kommission auf, einen entsprechenden Förderausschluss in ihren Vorschlag zur EU-Forschungspolitik für die nächsten Jahre aufzunehmen.

Nach vorliegenden, ersten Entwürfen bedeuten die Kommissionspläne allerdings eine Verschlechterung gegenüber der heutigen Lage. Dies, so Liese, sei inakzeptabel, und hier müsse dringend nachgebessert werden. Die Kommission wird ihre entsprechenden Pläne am 30. November in Brüssel vorlegen.

CSU-Führung in München – weit weg vom Realisten Strauß

Seehofers Europapolitik verlässt den Kurs der Union unter F. J. Strauß und Konrad Adenauer

Die CSU genießt ihre breiter werdende, negative Europadiskussion. Die Kanzlerin knirscht ohnmächtig mit den Zähnen, wenn Seehofer und sein hölzerner Generalsekretär Dobrindt abseits spielen. Die CDU als Kanzlerpartei hat zwar immer gewusst, dass die CSU – zum Beispiel – den französischen Gaullisten näher stand als allen Christdemokraten, die das gemeinsame Europa gesellschaftlich breit absichern wollten, auch durch Präsenz in den Gewerkschaften. Sie stützten Große Koalitionen, Strauß erst 1966.

Die katholische Kirche Frankreichs war nach dem Krieg vorsichtig, hatten doch zahlreiche Gläubige Hitlers Helfer, Marschall Pétain, näher gestanden als später noch vertretbar. Robert Schuman hatte nicht nur binationale Wurzeln und verstand viel von der Umsetzung der päpstlichen Soziallehre in Deutschland mit Unterstützung katholischer Gewerkschafter und Kolpinggruppen. Er über-

raschte nach 1945 deutsche Freunde auch mit dem Hinweis, er habe in seinem Leben zweimal die Partei gewechselt – zur linken Mitte. Die CSU-Führung glaubte mit Strauß jahrelang, im Kalten Krieg mehr als andere Europäer vorn und konservativ gesinnt kämpfen zu müssen.
Sie unterstützte anders als CDU-Kreise stramm rechte Politiker in Südafrika und Lateinamerika auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, ferner im Kongo und in Chile (General Pinochet). Nicht immer war man in München einer Meinung, Strauß entschied. Die neu gegründete EVP hielt er unbegründet für zu links, und er trat fast nie mit ausländischen EVP-Repräsentanten auf.
Doch in diesen Tagen bedienen seine noch lebenden Freunde die Medien mit einer alten Straußschen Europa-Vision, die der Seehofer-Partei nicht sympathisch werden kann, wenn über die EU intern gestritten wird. Warum? Weil Strauß 1966 zum ersten Mal und dann immer öfter erklärte, die Nationalstaaten (in Europa) hätten sich „überlebt". In seinem Buch von 1966 „Entwurf für Europa" warb er für föderale statt supranationale Strukturen und förderte die Kandidatur Otto von Habsburgs für das Europäische Parlament. Ich habe viel mit Strauß sprechen können. Wenn die Münchner jetzt versuchen, seine Europapolitik umdeuten zu können, sollten sie scheitern.
Am 10. Oktober 1967 verriss Strauß nämlich abermals den Nationalstaat in der FAZ und sagte kühn die Wahrheit, dass es eine Wiedervereinigung nur unter einem integrierenden Europa-Dach denkbar sei. Das NPD-Parteiblatt „Deutsche Stimme" brüllte „Verrat" und belehrte seine Leser, Strauß sei ein Pseudonationaler, „kein Rechter" und als Rückhalt der Vertriebenen unzuverlässig.
Warum schreibe ich diese Erinnerung? 1.Weil CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt im Bundestag mit wenigen anderen gegen den Vertrag von Lissabon stimmte und auf Merkel nur pfiff. 2. weil der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer sein Fußvolk „gegen die in Brüssel" aufwiegelt oder (Gauweiler) gegen die eigene Bundespolitik klagen lässt. 3. Die gegenwärtige CSU-Führung agitiert gegen Europa-Beschlüsse der EVP und steht dabei zu Dreiviertel quer zur CDU. Seehofer schlängelt sich durch. Gegen das Strauß-Erbe. Wer hätte das gedacht?
Erfreulich: Die CSU-Abgeordneten in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments stehen unverändert fest zum christdemokratischen Europa-Kurs und müssen höchstens fürchten, dass Münchner Partei-Reaktionäre ihnen die nächste Aufstellung für das Europäische Parlament vermasseln. Die ersten Tendenzen dazu wurden bekannt.

EUMWELTKLIMAENERGIEUMWELTKLIMAENERGIEUMELTKLIBEZEIBT

Breiter deutscher Schwindelteppich zur Nuklear-Industrie, besonders bei Frankreich-News

Medienfarcen waren nach dem AKW-Unfall in Japan totsicher: 1. Nur Deutschland stieg aus einem Teil seiner AKWs aus. Man tat aber so, als wären jede Menge Staaten dabei, ihren Kurs zu ändern. Italien will zwar nicht einsteigen, setzt aber auf Strom-Importe aus Frankreich. Die Schweiz stoppt und glaubt, mit einem Mix arbeiten zu können, dessen Anteil an Wasserkraft steigt. Belgien wäre angesichts der Haushaltslage auch ohne Fukushima ausgestiegen und setzt auch auf Frankreich. Eine andere Realität wächst: Die Deutschen können sich „öffentlich-rechtlich nicht mehr korrekt über Kernkraft informieren.
Tatsächlich sind die AKW-Planungsumfänge vor allem außerhalb Europas stark gestiegen, besonders in Russland, China, Brasilien, Mittelost, Israel. Sollte Präsident Obama wiedergewählt werden, plant seine Regierung ein erheblich Ausweitung des AKW-Baus. Man darf auch damit rechnen, dass die USA bald mit dem Nachbau des in Deutschland stillgelegten sicheren HTR-Reaktors anfangen. In Europa selbst planen AKWs Polen, Ungarn, Holland, Frankreich und evtl. Schweden. Den größten Bauboom hat Russland.
Interessant: Die deutschen Medien jubelten tagelang über eine angebliche Kursänderung der Franzosen. Unter Beihilfe von GREENPEACE wurden vor allem im Funk Viertelwahrheiten verbreitet, niemand hielt hier dagegen. Was passierte wirklich? Dies: Frankreich überprüft alle Reaktoren hinsichtlich Kühlung und verbesserter Abschaltung. Ein Teil der mehr als 50 Werke geht nach und nach vom Netz, **was längst geplant war.** Dafür ist der Bau sicherer **AKWs dritter Generation** geplant (Foto), erste Ausführung im normannischen Flamanville. Frankreichs neue AKW-Generation ist so sicher wie der ex-deutsche, in China schon zum Probelauf gereifte „Kugelhaufenreaktor".

Auch über die politische Seite der Pariser Nuklearpolitik wurde in unseren Medien falsch berichtet. Erstens stand und steht der größte Teil der sozialistischen Wähler für Kernkraft, an ihrer Spitze Präsidentschaftskandidat Hollande, der ausdrücklich Weiterbau und Vollendung des AKW Flamanville fordert und Krach mit den Grünen in Kauf nimmt. Und er rechnet damit, dass sich das politische Klima ändert, wenn es keine Alt-Reaktoren mehr gibt. Zweitens wissen die Franzosen, dass ihre Nuklearindustrie weltweit neue AKW-Aufträge hat. Und drittens sollte man wissen, dass weder die katholische Kirche noch die französischen Gewerkschaften von Ausnahmen abgesehen, Kernkraftwerke ganz ablehnen. Das stärkste Argument der Regierung: Kernkraft und Kernwaffen sichern Frankreichs Rolle international.

Kernkraftwerk 3. Generation Flamanville

Frankreich-Kenner rechnen durchaus mit zahlenmäßigem Anstieg der Kernkraftgegner im Land, Geldspenden aus Deutschland werden bei Kampagnen helfen. Präsident Nicolas Sarkozy hat sich jetzt erstmals zur Sache hören lassen. Er fragte im Fernsehen: „Beim deutschen Weg werden Strom und vieles mehr viel teurer. Die Grünen (Les Verts) wissen das. Wollt Ihr denn diese Leute wählen?

Dass Frankreich die Bürger nicht über AKWs informiert, ist eine Lüge. Man informiert sowohl über staatliche als private Sender. Das offizielle Büro hat diese Internet-Adresse: IRSN = http:www.irsn.fr/FR/Actualité/Pages/2011117_Rapport-IRSN<ECS-Evaluation-Complementaires-Surete.aspx. Man kann auch einfach im Internet auf „IRSN“ gehen und Details suchen. Deutsch gibt es nicht, Englisch kaum öfter. Wenn Sie surfen, finden Sie unter Frankreichs Adresse „nuclear industrie“ weitere Plattformen, auch deutsche.

„Längst nicht nur kleine geisteswissenschaftliche Fächer verschwinden von der Hochschullandkarte. Einige naturwissenschaftliche wie „Angewandte Kernphysik“ … sind heute ebenso selten an den Hochschulen zu finden wie Ägyptologie oder Tanzwissenschaft.
Sarah Sommer, FAZ 20.11.2011 **Spuren der Reaktor-Abschlachtung !**

==========

Interview mit Waldemar Kuwaczka, Gliwice/Gleiwitz, Leiter einer kirchlichen Jugendbildungsstätte

Ich kenne Waldemar seit vielen Jahren. Er stammt aus der deutschen Minderheit in Oberschlesien, studierte unter anderem in Bonn. Dann ging der ideale Doppelstaatler in die Heimat zurück, arbeitet in Werken der Kirche für die Jugend. Das Interview zeigt, dass Waldemar/Waldek unabhängig denkt und agiert – in einem Land, das demokratisch wurde, aber noch weit weg von sozialer Sicherheit zu leben sucht.

ContraSalon: Herr Kuwaczka, wie stellen Sie sich ein modernes Polen vor?

Waldemar Kuwaczka: Zunächst einmal: Polen ist heute ein relativ homogenes Land. Nur einige hunderttausend Einwohner sind nationalen Minderheiten zuzurechnen: Deutsche, Belarussen, Litauer usw. Diese Gruppen sind aber fest integriert. Eines der Hauptprobleme anderer europäischer Völker, also das Zusammenleben von Personen und Gruppen mit verschiedenen Kulturen, Lebensauffassungen und Werten, stellt sich für Polen so nicht. Polen ist in der sehr komfortablen Situationen, dass hier fast alle Menschen Polnisch können und weitgehend in der polnischen Kultur verwurzelt sind, auch und gerade unsere Minderheiten.

ContraSalon: Kann diese relative Homogenität nicht auch erdrückend wirken?

Waldemar Kuwaczka: Kürzlich hat Präsident Bronislaw Komorowski im östlichen Teil Polens eine Rede für Pilger der orthodoxen Kirche gehalten. Darin hat er zum Dialog zwischen den christlichen Konfessionen aufgerufen. Die Orthodoxe Kirche in Polen stelle einen riesigen Schatz dar, den wir weiter pflegen müssten. Ich stimme dem zu, Polen hat quasi zwei Lungen, eine östliche und eine westliche. Was wir verhindern müssen, ist, dass aus politischem Kalkül wie in der Vergangenheit Spannungen auf der labilen Grundlage

ethnischer oder sozialer Unterschiede erzeugt werden. Leider war dies früher einmal im Umgang mit der deutsche Minderheit der Fall, ist aber heute zum Glück vorbei.

ContraSalon: Wenn schon nicht im Kampf von Kulturen, so scheint sich Polen doch in einem beständigen Spannungszustand zu befinden. Woran liegt das?

Waldemar Kuwaczka: Ganz einfach: Wir wurden bisher mit den gewaltigen sozialen Differenzen nicht fertig. Das verfügbare Einkommen weiter Teile der polnischen Bevölkerung liegt weit unter dem von westlichen EU-Mitgliedsstaaten. Der Mindestlohn beträgt ca. 250 Euro netto. Gleichzeitig sehen wir uns mit einem relativ hohen Preisniveau konfrontiert. Manche Produkte sind hier noch deutlich teurer als in Deutschland. Wenn wir das nicht in den Griff bekommen, kann das in der Zukunft zu Spannungen führen. Natürlich ist es zunächst das Beste, eine feste Arbeit zu haben und sich anzustrengen. Aber das zahlt sich bei uns oft nicht aus. Schauen Sie sich an, was jungen Menschen, die gerade eine Familie gegründet haben, zum Beispiel in Supermärkten gezahlt wird: umgerechnet 300-400 Euro für einen Vollzeitjob. Gleichzeitig kann man andere Leute, die nichts leisten, nicht entlassen, weil sie von alten Einstellungsregeln profitieren, wie sie zum Beispiel für Lehrer gelten. Diese Ungerechtigkeit schreit zum Himmel! Die soziale Frage stellt sich im heutigen Polen also ganz konkret.

ContraSalon: Ist so etwas nicht letzten Endes doch noch ein Reservoir, aus dem erfolgreiches soziales und politisches Unternehmertum schöpft?

Waldemar Kuwaczka: Sicherlich, aber leider wird der Politik-Komplex „Soziale Frage“ bei uns nicht geschickt aufgegriffen, auch nicht von der katholischen Kirche. Die Kirche in Polen beschäftigt sich zu sehr mit sich selbst. Dabei ist es gerade jetzt an der Zeit, der katholischen Soziallehre als Argument in der öffentlichen Debatte mehr Beachtung zu erkämpfen. Ist es denn sittlich erlaubt, dass schwer arbeitende Menschen so unverschämt wenig verdienen? Die Gewerkschaften verhalten sich nicht weniger skandalös. Was denkt sich eigentlich ein Gewerkschaftsfunktionär – also ein ehemaliger Arbeiter, nicht etwa ein Experte mit Doktortitel – der umgerechnet 2.500-3.000 Euro im Monat verdient, wenn er an der Kasse eines Supermarktes steht? Wie kann er das mit seinem Gewissen vereinbaren? Es gibt meines Erachtens in Polen zu wenig organisierten Druck von Seiten der Regierung und der Sozialpartner auf die Arbeitgeber,so dass das Lohnniveau angehoben werden könnte.

ContraSalon: Hat sich denn trotz der Regierungswechsel nichts geändert?

Waldemar Kuwaczka: Leider nein. Es gibt quasi einen parteiübergreifenden Konsens, nichts zu unternehmen, auch wenn sich das im Wahlkampf vielleicht anders anhört. Die Gewerkschaften z.B. sollten endlich wieder so handeln wie in den achtziger Jahren. Wir brauchen Analysen, die aufzeigen, wie weit es schon wieder gekommen ist. Die Kirche, sowohl Geistliche wie Laien, müssten sich stärker engagieren. Die Gewinnspannen sind in Polen mehrfach höher als in Deutschland, auch wenn die Bilanzen das vielleicht nicht ganz so ausweisen. Das halten Arme nicht aus.

MEDIEN

Dicker als sonst ist z.Zt. die „UNIONZEITUNG“, Organ der Berliner CDU-Parteizentrale für Mitglieder der größten Regierungspartei. Viele Fotos vom Leipziger Parteitag, der sich gründlich mit Europa befasste. Was jedoch die Macher des Blättchens nicht dazu brachte, nur ein einziges Foto von CDU-Europapolitikern zu bringen. Nicht einmal der CDU/CSU-Vorsitzende im Europäischen Parlament, Dr. Werner Langen MdEP, fand ein Plätzchen. Oder Elmar Brok, der früh und nachdrücklich dafür gesorgt hatte, dass das Europa-Thema in Leipzig größer als von Berlin geplant auf die Tagesordnung kam.

Jürgen Wahl, Seibachstraße 6, 53343 WACHTBERG. Tel. 32 43 81. e-mail: post@jwahl.de
Spenden zur Kostendeckung sind NOTWENDIG ! Bitte freie Vereinbarung treffen, danke!
Volksbank 53343 WACHTBERG. Konto: 101403017 Bankleitzahl: 370 69 805